Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5968

06. 11. 96

Antrag

der Abgeordneten Rudolf Bindig, Volker Neumann (Bramsche), Ulla Schmidt (Aachen), Dr. Christoph Zöpel, Robert Antretter, Tilo Braune, Dr. Eberhard Brecht, Dr. Marliese Dobberthien, Freimut Duve, Petra Ernstberger, Monika Ganseforth, Norbert Gansel, Angelika Graf (Rosenheim), Reinhold Hemker, Monika Heubaum, Ingrid Holzhüter, Christine Kurzhals, Dr. Elke Leonhard, Christa Lörcher, Ulrike Mascher, Heide Mattischeck, Markus Meckel, Ursula Mogg, Marlene Rupprecht, Dieter Schloten, Regina Schmidt-Zadel, Ilse Schumann, Wieland Sorge, Dr. Peter Struck, Joachim Tappe, Margitta Terborg, Günter Verheugen, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Josef Vosen, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Verena Wohlleben, Hanna Wolf (München), Heidemarie Wright, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Wiederherstellung der Menschenrechte – insbesondere der Rechte von Frauen – in Afghanistan

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag ist über die Menschenrechtssituation in Afghanistan zutiefst besorgt. Der Konflikt in diesem Land hat in den vergangenen Jahren zahllose Opfer unter der Zivilbevölkerung gefordert, Millionen von Afghanen wurden aus ihrer Heimat vertrieben und die Lebensgrundlagen in großen Teilen des Landes zerstört. Die aktuelle Verschlechterung der Menschenrechtslage betrifft in besonderem Maße die Stellung von Frauen, die in den von den Taleban-Milizen kontrollierten Gebieten völlig entrechtet wurden. Gewalt gegen Frauen, die sich den rigiden Regeln der Taleban zu widersetzen versuchen, der Ausschluß von Mädchen und Frauen aus Schul- und Ausbildung sowie das Verbot für Frauen, ihre Berufstätigkeit fortzusetzen, sind Verletzungen ihrer grundlegenden Menschenrechte. Durch das Verbot beruflicher Betätigung ist insbesondere die Existenz von Familien bedroht, in denen die Frauen als Kriegswitwen allein für den Lebensunterhalt sorgen müssen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Stellungnahme des VN-Generalsekretärs, in der dieser seine große Sorge über die Diskriminierung von Frauen und Mädchen in Afghanistan ausdrückt und auf die möglichen ernsten Konsequenzen für die Hilfsprogramme der Vereinten Nationen hinweist. Die Vereinten Nationen sollten die von ihnen geschaffenen Möglichkeiten nutzen und auch die Sonderberichterstatterin für Frauen-

rechte mit der Untersuchung der Lage der Frauen in Afghanistan beauftragen.

II. Der Deutsche Bundestag erwartet von der Bundesregierung, daß sie den Schutz der Menschenrechte auf der Grundlage der internationalen Übereinkommen in allen Fällen von Menschenrechtsverletzungen zu einem aktiven Teil der deutschen Politik macht und in konkrete Schritte umsetzt. Er fordert die Bundesregierung daher – mit besonderem Verweis auf die auch von Afghanistan unterzeichnete Konvention zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen sowie das Schlußdokument der Weltfrauenkonferenz von Peking – auf,

- durch tatkräftige Unterstützung der Vereinten Nationen, im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union und mit eigenen Maßnahmen dazu beizutragen, daß die Achtung der Menschenrechte in Afghanistan wiederhergestellt und insbesondere die Verbannung der Frauen aus dem öffentlichen Leben aufgehoben wird,
- an der Position festzuhalten, daß keine afghanische Regierung, die Menschenrechte, insbesondere die elementaren Rechte der Frauen, mit Füßen tritt, auf die Zusammenarbeit mit Deutschland wird rechnen können.

Bonn, den 6. November 1996

Rudolf Bindig
Volker Neumann (Bramsche)
Ulla Schmidt (Aachen)
Dr. Christoph Zöpel
Robert Antretter
Tilo Braune
Dr. Eberhard Brecht
Dr. Marliese Dobberthien
Freimut Duve
Petra Ernstberger
Monika Ganseforth
Norbert Gansel
Angelika Graf (Rosenheim)
Reinhold Hemker
Monika Heubaum
Ingrid Holzhüter
Christine Kurzhals
Dr. Elke Leonhard
Christa Lörcher
Ulrike Mascher
Heide Mattischeck
Markus Meckel
Ursula Mogg
Marlene Rupprecht
Dieter Schloten
Regina Schmidt-Zadel
Ilse Schumann
Wieland Sorge
Dr. Peter Struck
Joachim Tappe
Margitta Terborg
Günter Verheugen
Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Josef Vosen
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Verena Wohlleben
Hanna Wolf (München)
Heidemarie Wright
Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333